

Wochenblatt für Wilsdruff

Charandt, Nossen, Siebenlehn und die Umgegenden.

Amtsblatt

für die Kgl. Amtshauptmannschaft Meißen, für das Kgl. Amtsgericht und den Stadtrath zu Wilsdruff, sowie für das Kgl. Forstrentamt zu Charandt.

Er scheint wöchentlich dreimal und zwar Dienstags, Donnerstags und Sonnabends. — Bezugspreis vierteljährlich 1 M. 30 Pf., durch die Post bezogen 1 M. 55 Pf. Inserate werden Montags, Mittwochs und Freitags bis spätestens Mittags 12 Uhr angenommen. — Insertionspreis 10 Pfg. pro dreigespaltene Corpusszeile.

Druck und Verlag von Martin Berger in Wilsdruff. — Verantwortlich für die Redaktion Martin Berger daselbst.

No. 133.

Dienstag, den 10. November

1896.

Bekanntmachung, eingegangener Gesetze im Monat Oktober 1896. Gesetz- und Verordnungsblatt für das Königreich Sachsen.

- 11. Stück Nr. 67. Verordnung, die Festnahme Fahnenflüchtiger betr. S. 135.
- " 68. Verordnung, portopflichtige Sendungen der Gemeindebehörden betr. S. 136.
- " 69. Verordnung, die Enteignung von Grundeigenthum zur Erweiterung der Haltestelle Zschütz etc. betr. S. 137.
- " 70. Verordnung, eine Abänderung des Regulativs für die theologischen Prüfungen in Leipzig betr. S. 138.
- " 71. Bekanntmachung, die anderweite Eintheilung des Landwehrbezirks Plauen in Controlbezirke betr. S. 138.

Reichsgesetzblatt.

Nr. 33. (2341.) Bekanntmachung, betreffend die Anzeigepflicht für die Schweinepeste, die Schweinepest und den Rothlauf der Schweine. S. 705.
Diese Eingänge liegen 14 Tage lang zu Jedermanns Einsicht hier aus.
Wilsdruff, den 7. November 1896.

Der Stadtgemeinderath. Bursian, Brgmsfr.

Konsumvereinsgebreden.

Unter obigem Titel schreibt der „Gewerbefreie“ zu Dresden Folgendes:

Der Schöpfer der Konsumvereine, Kreisrichter Schulze in Delitzsch, verfolgte den Zweck, den Arbeitern in besonders ungeeigneten Ortslagen durch Einkauf im Großen billige Rohmaterialien zu verschaffen, wie dies z. B. in Englands Fabrik- und Bergwerksdistrikten geschieht. Dieses gewiß gut und löblich gedachte theoretische Prinzip hat sich aber in der Praxis nicht allenthalben bewährt, nur vereinzelt ist der Zweck erreicht worden. In vielen deutschen Fabriken, Bergwerken und Hüttenstätten, wo dieses Konsumvereinszwang, unter dem sogenannten Truck-System, die Arbeiter mehr als geschäftsmäßig barsch verabfolgt werden, über die sie im vorkommenden Qualitätsmangel kaum die Wahl gelassen ist, dem Konsum anzugehören oder die Arbeit zu verlieren. Ueber Güte und Gewicht der Waaren wird u. A. viel geklagt. Diese Anstalten sind daher nicht, wie sie es sein sollten, Wohlthätigkeitsanstalten. Daß Konsum- und Beamten-Einkaufvereinigungen als keine Wohlthätigkeitsvereine angesehen werden, stellte auch kürzlich gelegentlich der gutachtlichen Aeußerung in der Dresdner Handelskammer über den Handelsgegentwurf ein Majoritätsbeschluss auf den Antrag des Mitglieds Uhlemann fest, die genannten Vereinigungen als keine Wohlthätigkeitsvereine ausdrücklich bezeichnend. Weitere Fragen und Antworten dürften geeignet sein, die Sachlage weiter zu beleuchten:

War die Ausdehnung jener Vereine in andere, insbesondere Beamtenkreise eine Nothwendigkeit? — Nein! Die durch die Gewerbefreiheit hervorgerufene übergroße Konkurrenz hat die Preise in allen kaufmännischen Geschäftszweigen so gedrückt, daß eine so ausgebehnte Vereinigung nicht nothwendig ist. England mit seinen Arbeitermassen kann uns darin nicht als Vorbild dienen.

Sind die Preise in den Konsumvereinen niedriger, die Waaren besser als bei den realen Kaufleuten? — Nur vereinzelt, keineswegs durchweg.

Woher kommt die Möglichkeit billigeren Verkaufs? — Von der Befreiung jener Vereine von Kosten und Pflichten, welche der Kaufmann zu tragen hat, sie zahlen nur theilweise Gewerbesteuer, aber keine Gemeinde- und Einkommensteuer; sie sind in Preußen dem Nahrungsmittelgesetz, der Untersuchung der Nahrungsmittel nach Güte und Gewicht zwar unterworfen, aber es wird — soweit bekannt — nicht durchgeführt.

Woher nehmen die Vereine den meisten Nutzen? — Aus dem Schnapsverkauf, den sie bisher ohne Konkurrenz betreiben durften, während der Kaufmann diese nachsuchen muß.

Wenn die Waaren in den Konsumvereinen nicht billiger, ja oft schlechter sind, warum kauft das Publikum trotzdem mit Vorliebe daselbst? — Aus der Sehnsucht nach Billigkeit und nach der Dividende, die das liebe Publikum durch höhere Preise aber selbst bezahlen muß; die Käufer oder besser die Käuferinnen sehen das nicht ein oder wollen es nicht einsehen.

Ist die Bildung von Beamten-Konsumvereinen

berechtigt? — Nach den jetzigen Gesetzen leider ja, moralisch aber nicht; der Beamte darf von Gottes- und Rechtswegen den Gewerbetreibenden, welche zu seiner Existenz, zu seinem Gehalt durch ihre Steuern beitragen, keine Konkurrenz machen; ihre Duldung ist unerhört, ihr Bestehen den Handel- und Gewerbetreibenden ein Schlag ins Gesicht (siehe Altona-Harburg z.); sie sind sogar ein Mittel, den Zweck abzuführen, auf dem die Herren Beamten selbst sitzen.

Sind die Konsumvereine, wie dies von etlichen Freisinnigen und Förderern dieser Vereine dem Herrn Reichsanzler sehr unverfroren gesagt wurde, Wohlthätigkeits-Anstalten? — Nein, das Gegentheil, reine Gewerbsgenossenschaften und mit geringen Ausnahmen ein Fluch für unsern deutschen Mittelstand, für Tausende von selbstständigen Existenzen, deren Untergang sie herbeiführen, wie u. A. die Stadt Breslau, das schöne Dresden z. klar beweist.

Was ist die Folge der weiteren Ausbreitung der Konsumvereine und dieser durch das Genossenschafts-gesetz beförderten Uebermacht des Kapitals? — Der Uebergang zum sozialen, von den Sozialdemokraten erstrebten Staate.

Welche Pflicht hat jeder Staatsbürger, der den deutschen Mittelstand erhalten wissen will? — Diese Vereine wo keine Nothlage vorhanden, bis auf's Neueste zu bekämpfen.

Und welche Pflichten haben die Regierungen, die gesetzgebenden Körper? — Den deutschen Mittelstand durch gesetzgeberische pp. Maßregeln zu unterstützen und gegen die Auswüchse genossenschaftlichen Lebens zu schützen!

Als weiterer Beleg dürften die Darlegungen dienen, welche Funk, der Geschäftsführer des Waarenhauses des deutschen Post- und Telegraphenassistenten-Vereins, auf dem letzten Verbandstage über Thatsachen äußerte. Die „Deutsche Tageszeitung“ schreibt darüber: „daß das Waarenhaus in den 4 1/2 Jahren seines Bestehens einen Umsatz von 9,200,000 Mark gehabt hat. Der Funk verteidigte das Waarenhaus gegen die Angriffe aus dem Kleinvertrieb u. A. mit dem Hinweis, daß das Waarenhaus im Gegentage zu anderen mit einem geringen Gewinne arbeite, der wiederum dem ganzen Verbands zu Gute komme, und daß der Schwerpunkt des Geschäfts in der Anfertigung der Uniformen liege. — Gegenüber dieser Darstellung bedauern wir, daß der Verbandstag nicht wenigstens dem Antrage zweier Bezirksvereine, den Betrieb auf den Verkauf von Uniformen, Stoffen, Wäsche und Cigarren zu beschränken, beigestimmt hat. Sofern das Waarenhaus sozusagen für die Amtsbedürfnisse der Verbandsangehörigen, also Uniformen und dergl. sorgt, könnte man in ihm gewissermaßen eine Produktionsvereinigung sehen, sofern es aber diesen Rahmen überschreitet, kann es nicht wohl verlangen, anders angesehen zu werden, als andere Konsumvereine und Waarenhäuser.“

Eine „Produktionsvereinigung“ ist das Verbands-Waarenhaus nie gewesen, es hat von Anfang an auch an Nichtmitgliedern des Verbandes verkauft, und nicht bloß „Amtsbedürfnisse“, sondern auch fertige Civilkleidungsstücke und alle möglichen anderen Sachen; es schickt Reisende hinaus zc., unterhält im Reiche Filialen, kurz, es hat einen regelrechten Großbetrieb. Dieser ist nur dazu angethan, die Kleinkaufleute, und vorzüglich die kleineren selbstständigen Schneidermeister in der Provinz zu ruiniren.

Führt der Postassistenten-Verband auf dem bisherigen Wege fort, liberal-manchesterliche Grundsätze zu betheiligen, und ganz nach dem Rezept der Sozialdemokratie mit an der Vernichtung des Mittelstandes zu arbeiten, so mag er die Unterstützung seiner Forderungen der Postverwaltung gegenüber auch bei den Herren von Singer und Richter suchen. Alle anderen Parteien werden und müssen solchen Staatsbeamten ihre Unterstützung versagen, falls sie nicht bloß dem Worte nach mittelstands- und handwerkerfreundlich sein wollen.

Wenn es den Postassistenten nicht darum zu thun ist, ihr Einkommen zu erhöhen — wie auf dem letzten Verbandstage gesagt wurde — weshalb machen sie denn den Handwerkern zc. so scharfe Konkurrenz?

Was hier von den Postbeamten-Vereinen gesagt ist, gilt auch von anderen derartigen Waarenhaus- und Konsumvereinen, sie sind keine Wohlthätigkeitsanstalten und ist deren Konsum- oder Umsatzbesteuerung sehr wohl am Plage.

Tagesgeschichte.

Der Kaiser ist am Sonntag Vormittag von seinen Jagdbesuchen in Groß-Strehlitz und Pleß wieder im Neuen Palais bei Potsdam eingetroffen. Wie man vernimmt, ist der schlesische Jagdausschuß des hohen Herrn von Waidmannsmitglied recht begünstigt gewesen, trotzdem daß das Jagdwetter nicht immer das beste war.

Prinzessin Friedrich Karl von Hessen, die jüngste Schwester unseres Kaisers, ist am Freitag in Schloß Rumpenheim von zwei Prinzen entbunden worden.

Das preußische Staatsministerium hat am Freitag wie am Sonnabend lange Sitzungen unter Vorsitz des Fürsten Hohenlohe stattgefunden. Dieselben dürften mit dem bevorstehenden Wiederbeginn der parlamentarischen Sessionen im Reiche und in Preußen in Zusammenhang gestanden haben.

Herzog Wilhelm von Württemberg ist in Meran infolge eines Herzschlags gestorben. Der Verstorbenen war am 20. Juli 1828 als Sohn des 1857 mit Tode abgegangenen Herzogs Eugen von Württemberg, des namentlich in den deutschen Befreiungskriegen so berühmt gewordenen russischen Heerführers, geboren, er besaß eine hohe Ehrenstellung in der österreichischen, preußischen und württembergischen Armee.

Der Reichstag wird in den nächsten Tagen wieder zusammentreten und voraussichtlich eine Fülle von gesetzgeberischem Material zugestellt erhalten. Zunächst allerdings wird er den Rest des vorigen Tagungsabschnittes, die Novelle zum Gerichtsverfassungsgesetz und zur Strafprozeßordnung, durch die endlich u. A. die Entschädigung unschuldig Verurtheilter und die Berufung gegen die Urtheile der Strafkammern eingeführt werden sollen, aufzuarbeiten Gelegenheit haben; denn im Anfange des diesmaligen Tagungsabschnittes wird von größeren Vorlagen wohl nur der Etat für 1897/98 erscheinen. An und für sich dürfte dieser kaum viel Gelegenheit zu wesentlichen Erörterungen geben. Lediglich der Etat der Marineverwaltung wird auch diesmal Neuforderungen enthalten, über die wieder eine gewisse Erregung seitens der der Marineverwaltung feindlichen Parteien sich zeigen wird. Aber man wird, wie dies schon seit Jahren Gewohnheit geworden und unter Umständen auch zu billigen ist, einzelne Etatspositionen benutzen, um über Vorkommnisse der letzten Zeit sich in ausgiebigster Weise zu unterhalten. Es ist